

Das Erbe der DDR

Essay Der Hass auf Flüchtlinge hat ein einfaches Motiv: Ostdeutsche Bürger hegen Neid auf die Zuwendung der Kanzlerin. Eine Streitschrift zum Einheitsfest. *Von Stefan Berg*

Neulich traf ich im Brandenburgischen auf einen Mann, der ohne erkennbaren Anlass über Bundespräsident Joachim Gauck zu schimpfen begann, ausspuckte und mit hochrotem Kopf davonzog. Ein andermal wurde ich in einem Bus Ohrenzeuge eines lautstarken Gesprächs über Flüchtlinge, das in einen Ideenwettbewerb ausuferte, wie man die Menschen möglichst schlecht behandeln oder gar ein wenig misshandeln könne: bei Brot und Wasser etwa oder in einer Käfighaltung. Hört man sich in der nächstgelegenen Metzgerei um, so findet man Menschen, denen die Freiheit wurscht ist. Man stößt auf den Wunsch nach „klarer Kante“, ein „wenig mehr Putin“ und weniger „Palaver in der Quatschbude“, womit das Parlament in Berlin gemeint ist. Und draußen vor der Fleischerei parkt ein Auto mit dem Aufkleber: „Todesstrafe für Kinderschänder“.

In ihrem Bericht zum Stand der Deutschen Einheit, die am 3. Oktober wieder gefeiert wird, hat die Bundesregierung gewarnt, der Fremdenhass bedrohe in Ostdeutsch-

land den sozialen Frieden. Fremdenhass kann für das Opfer überall lebensgefährlich sein, Ost wie West. Aber die Regierung sieht im Osten eine größere Gefahr, eine für das Zusammenleben generell.

Jedes Mal wenn eine grölende Menschenmasse in Sachsen vor einem Asylbewerberheim aufmarschiert oder die Kanzlerin bei Auftritten mit Hass Tiraden überzogen wird, frage ich mich, ob dieses Verhalten typisch für den Osten ist. Auf

den ersten Blick scheint mir: nein. Die Mehrheit der Ostdeutschen beherrscht selbstverständlich die Regeln des Anstands und der Demokratie. Dennoch ist an diesem Ausrasten etwas „typisch Ostdeutsches“ auszumachen.

Vergleichbare Exzesse waren bereits 1991 vor Ausländerheimen und 2005 bei den Protesten gegen die Hartz-Reformen zu erleben. Als „Arbeiterverräter“ wurden SPD-Politiker beschimpft, angebrüllt. Diese Art Explosionsgefahr ist im Osten bedrohlich groß.

Nach meiner persönlichen Empirie sind diese Verhaltensweisen nicht auf die reale Lebenssituation, also die materielle Lage der Menschen zurückzuführen. Sie lassen eher Rückschlüsse auf einen emotionalen Überdruck zu.

Im Osten gibt es ein Erschöpfungssyndrom: Viele Menschen mussten ihr Leben nach 1989 dramatisch umstellen. Sie haben die Wiedervereinigung nur kurzzeitig als Befreiung erlebt; viele verhalten sich weniger wie freie Bürger, eher wie Freigelassene, deren gelernte Verhaltensregeln zu den Erfordernissen der Gegenwart nicht passen. Sicherlich ist dies eine Minderheit, aber eine lautstarke und verhaltensauffällige.

Als DDR-Gepäck schleppen sie eine Erwartung an Politik mit sich, die unerfüllbar ist. Dazu zählt der Anspruch, von den Regierenden wahrgenommen und anerkannt zu werden, wie früher. Zwar waren die „Bonzen“ mitunter verhasst, aber sie waren in reichlicher Zahl vorhanden und allseits präsent, greifbar als Kümmerer, angreifbar als Zielscheibe von Spott und Hohn, die so jedenfalls einen Adressaten fanden. Die Nähe von Staat und Gesellschaft war nicht nur eine Erfindung der sozialistischen Propaganda. Die DDR bot vom „Abzeichen für Gutes Wissen“ bis zum „Verdienstorden“ derart viel an Auszeichnungen, dass fast jeder die Chance hatte, mindestens einmal im Jahr für irgendetwas geehrt oder behängt zu werden.

Verglichen damit ist „die Politik“ heute weit weg und bedient das einst gewachsene Anerkennungsbedürfnis nicht. In den Zeitungsläden finden sich statt des „Bauernechos“ mit dem erfolgreichsten LPG-Landwirt auf Seite eins nun bunte Blätter mit prominenten Helden, deren Lebensstil mit dem eigenen nichts zu tun hat. So verstärkt sich die gefühlte Zurücksetzung, die Distanz zu „denen da oben“. Die Wut staut sich auf bis zum Aufschrei; sie wird herausgebrüllt, sobald sich einer von „denen“ blicken lässt, ob nun Angela Merkel, Gauck oder der nächstbeste Landtagsabgeordnete.

Hinter dem Hass steckt wahrscheinlich auch Neid auf die persönliche Zuwendung der Kanzlerin für die Flüchtlinge. „Helmut, nimm uns an der Hand, zeig uns den Weg ins Wirtschaftswunderland“, stand 1991 auf Transparenten. Diesen Wunsch hat Kohl vielen erfüllt. Aber Merkel? Sie gilt als kühl und berechnend, Gefühle hat sie gezeigt, als sie Flüchtlinge herzte und sich von ihnen Herzen ließ. Hat sie je einen Vorpommer so in den Arm genommen?

Zur Hinterlassenschaft der DDR gehört das Modell einer geschlossenen Gesellschaft, in der Einheitlichkeit vor Vielfalt ging. Der Umgang mit Menschen anderer Überzeugungen und aus anderen Ländern wurde kaum gelernt. In Ostdeutschland ist die eigene religiöse Tradition weitgehend bedeutungslos. Die SED gab systematisch Atheisten den Vorzug vor Christen. Neue Städte sollten ohne Kirchtürme auskommen. Vielen erscheint es deshalb heute bedrohlich, wenn Menschen ins Land kommen, die sich schon äußerlich über ihre Religion definieren. Aus ostdeutschen Hasstiraden über Glauben und Religion höre ich Sätze meiner Staatsbürgerkundelehrer über „die Pfaffen“ heraus. Gelernt ist gelernt.

Die Herrschaft der Einheitspartei endete 1989, aber mit dem übersteigerten Homogenitätsbedürfnis wurde im Osten nicht radikal gebrochen. Parteienvielfalt stand nun auf dem Wahlzettel, wurde vor Ort aber nicht überall gelebt. Es fanden sich sogar neue Botschafter der politischen Einheitslehre, etwa die CDU. Deren „Rote Socken“-Kampagne gegen die PDS – die aus der SED hervorgegangen war und sich später zur heutigen Linken wandelte – richtete einen nachhaltigen Schaden an. Weil sie die Integration der einzigen ostdeutschen Volkspartei in die demokratische

Die Wut wird herausgebrüllt, sobald sich einer von „denen“ blicken lässt, ob nun Merkel oder Gauck.



JENS ROTZSCH / OSTKREUZ



HANNIBAL HANSCHKE / REUTERS

Demonstration für die Einheit in Dresden im Dezember 1989, gegen Flüchtlinge in Dresden im Dezember 2014
Vormarsch des Einheitsdenkens

Ordnung der Bundesrepublik erschwerte. Es war ein Dilemma der Andersdenkender im Dienste des Machterhalts.

Diese Kampagne traf viele Ostdeutsche emotional schwer, sie fühlten sich gekränkt, sahen ihren Lebenslauf herabgewürdigt. Die „Rote Socken“-Debatte war tendenziell fremdenfeindlich, sie war nur nicht gegen Ausländer gerichtet, sondern gegen Inländer, nicht gegen Fremde, sondern gegen Fremdes, nämlich fremdes, unerwartetes Denken. Bei derlei Kampagnen der Intoleranz war Sachsens CDU immer ganz vorn dabei, weshalb man schadensfroh sein könnte, wenn sie nun selbst zur Zielscheibe von Angriffen wird, gälten diese nicht allen demokratisch Gesinnten und auf Aufklärung und Vernunft Hoffenden.

Angesichts der abnehmenden Bereitschaft, die real existierende Demokratie zu verteidigen, erweist es sich als Fehler, den Linken lange die Anerkennung verweigert zu haben – für ihren unzweifelhaften Anteil am Aufbau der demokratischen Ordnung in den neuen Ländern. Einmal angenommen, die Linke zöge alle Mandatsträger aus politischen Haupt- und Ehrenämtern zurück, vermutlich fielen mancherorts die demokratischen Strukturen zusammen. Viele warten bis heute auf ein Wort der Anerkennung für das Umlernen. Stattdessen zeigt sich der ostdeutsche Bundespräsident Gauck indigniert, wenn in Thüringen ein Linker Ministerpräsident wird.

Die Fähigkeit, sich gegen politische und ökonomische Prozesse zu wehren, ist in der alten Bundesrepublik erlernt worden, im Osten nicht. Sitzblockade, Schülerdemo und Streik zählen im Westen seit Generationen zum Werkzeugkasten der Demokratie. Im Osten gab es den radikalen Umbruch 1989, weshalb man schnell zur revolutionären Erhebung ruft. Diejenigen, die über andere Werkzeuge des Protests nicht verfügen, schreien ihre Wut heraus, manchmal wird diese Wut auch „herausgewählt“, denn für Hilflosigkeit, Wut (und Dummheit) bietet sich nun die AfD als Transmissionsriemen an.

Viele der heutigen Akteure der AfD wurden im Osten sozialisiert. Mehr oder weniger verstecktes Lob für die DDR gehört zum AfD-Repertoire. Wer hätte vor 25 Jahren gedacht, dass über die Anwendung der Schusswaffe gegen „Grenzverletzer“ ernsthaft diskutiert wird und eine Kanzlerin unter Druck steht, weil sie aus humanitären Gründen Grenzen öffnete, also aus jenen Motiven, aus denen einst in Ungarn Zäune zerschnitten wurden?

Erstaunlich allerdings ist die Verbreitungsgeschwindigkeit des neuen alten Denkens, und erstaunlich ist, wer nun mit einstimmt: Keine zwei Jahre dauerte es von der ersten Pegida-Demonstration in Dresden und dem Ruf nach einer Gesellschaft, die sich als antislamisch und damit über Abgrenzung definiert, bis die CSU diesen Grundgedanken übernahm. Die Forderung der Bayern, den Status eines Menschen in der deutschen Gesellschaft von der Religionszugehörigkeit abhängig zu machen, ist nichts als SED-Politik mit anderem Vorzeichen. Es herrscht offenbar Ansteckungsgefahr: Auch mehr als 800 000 Wahlberechtigte im wohlhabenden Baden-Württemberg haben der AfD ihre Stimme gegeben. Bei aller Besorgnis über den Osten sollte sich niemand im Westen oder Süden der Republik in falscher Sicherheit wiegen.

Der Vormarsch des ostdeutschen Einheitsdenkens geht einher mit einer erstaunlichen, noch nicht da gewesenen Parteienübernahme. Die AfD war aus Protest an der europäischen Währungspolitik gegründet worden. Doch sowohl dieser Leitgedanke als auch manch westdeutscher Gründer um Bernd Lucke wurden von der auf der Anti-Islam-Welle daherrauschenden Sächsin Frauke Petry verdrängt. Ihr und ihren vornehmlich ostdeutschen Verbündeten gelang es, auf den ersten Blick Unvereinbares miteinander zu vereinen: den links und westdeutsch geprägten Begriff „Alternative“ mit dem im Osten vorherrschenden Bedürfnis nach Homogenität. Die Herabsetzung von Fremden erfolgt mit dem Ruf nach sogenannter direkter Demokratie.

Den Slogan „Wir sind das Volk“ von 1989 lenkt die AfD gegen eine aus Wahlen hervorgegangene Regierung (mit ostdeutscher Kanzlerin), den Ruf „Wir sind ein Volk“ gegen Menschen anderer Völker. Zur großen Freude dieser „Alternativen“ entfuhr Angela Merkel mit Blick auf ausländerfeindliche Exzesse die Formulierung, dann sei „das nicht mehr mein Land“. Dieser Satz wurde zum Ansporn, zur Vorlage für all jene, die nun demonstrieren wollten, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht Merkels Land sei und die Bundesrepublik Deutschland vor allem ein deutsches Deutschland.

Es zählt zu den Merkwürdigkeiten, dass eine politische Bewegung aus Ostdeutschland zur Gefahr für eine Kanzlerin aus Ostdeutschland wird. Das wäre noch zu verkraften, stünde nicht mehr auf dem, was sich „Spiel“ zu nennen verbietet. ■